



Schweizerischer  
Gemeindeverband

Association des  
Communes Suisses

Associazione dei  
Comuni Svizzeri

Associaziun da las  
Vischnancas Svizras

Bundesamt für Energie  
Sektion Energieversorgung  
3003 Bern

E-Mail an:  
strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

Bern, 16.03.2015

**Strategie Stromnetze: Vernehmlassung  
Stellungnahme des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. November 2014 haben Sie dem SGV das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der 1'650 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Wie der SGV schon anlässlich seiner Stellungnahme zum Entwurf des Detailkonzepts festgehalten hat, unterstützt er die Stossrichtung der Strategie Stromnetze. Die hohe Qualität der Stromversorgung in der Schweiz nimmt eine Schlüsselrolle bei der Energieversorgung in Gegenwart und Zukunft ein. Der SGV begrüsst in der vorliegenden Vorlage insbesondere, dass die Gemeinden bei der Koordination der Akteure zur Bedarfsermittlung ausdrücklich einbezogen und bezüglich Projektierungszonen und Baulinien angehört werden sollen.

Daneben sind für den SGV noch folgende zwei Aspekte besonders erwähnenswert:

- Der Szenariorahmen und andere vorgeschlagene gesetzliche Regelungen sollten nur für die Übertragungsnetzbetreiber (Netzebene 1 bis 3) verbindlich gelten. Für die weiteren Netzebenen und die Verteilnetzbetreiber sollten diese Vorgaben höchstens einen empfehlenden Charakter haben.
- Der Vorschlag zum Sammeln und Veröffentlichen von Netzdaten wird vom SGV in der vorgeschlagenen Form abgelehnt. Die Datenproduzenten sollen wie heute üblich die Kantone oder Gemeinden beliefern, worauf die Kantone die Daten gemäss den kantonalen Geoinformationsgesetzen aggregieren. Der Bund soll sich sodann bei dieser Aggregationsinfrastruktur bedienen, um zu garantieren, dass die Geodaten auf allen Portalen synchron und aktuell sind.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gemeindeverband**

Präsident

Direktor

Hannes Germann  
Ständerat

Reto Lindegger

# Strategie Stromnetze

## Vernehmlassungsvorlage

### Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

Schweizerischer Gemeindeverband SGV  
Laupenstrasse 35  
3001 Bern  
verband@chgemeinden.ch

#### Inhalt

Szenariorahmen .....	2
Bedarfsermittlung .....	2
Nationales Interesse .....	5
Räumliche Koordination .....	5
Bewilligung Projekte .....	6
Überprüfung Kosteneffizienz .....	8
Öffentlichkeitsarbeit .....	8
Geodaten .....	9

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

## Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

*Art. 9a Abs. 1 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der vorgeschlagene Szenariorahmen sollte verbindlich für die Übertragungsnetzbetreiber (Netzebene 1 bis 3) gelten. Für die weiteren Netzebenen und die Verteilnetzbetreiber ist dieser Prozess als Empfehlung vorzuschlagen.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Aus Flexibilitätsgründen soll auf eine gesetzliche Verankerung verzichtet werden und deshalb auf der Verordnungsebene geregelt werden.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Fristen sollten flexibel angesetzt werden können.

## Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

*Art. 9d Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☐ Ja   ☐ Nein   ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

*Art. 9c StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☐ Ja   ☐ Nein   ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

*Art. 9e Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der SGV begrüsst ausdrücklich und betrachtet es weiterhin als unerlässlich, dass die Gemeinden bei der Bedarfsermittlung der Netzinfrastruktur miteinbezogen werden. Allerdings ist eine gesetzliche Vorschrift vor allem für die Netzebenen 1 bis 3 sinnvoll. Eine gesetzliche Vorschrift für die Netzebenen 4 bis 7 ist weniger zielführend, da die Stadt- und Gemeindewerke ihre Projekte auf den Netzebenen 3 bis 7 direkt mit den Kantonen und Gemeinden koordinieren.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☐ Ja   ☐ Nein   ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

*Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Regelung soll aber nur für die Netzebenen 1 bis 3 gelten. Eine gleiche Regelung für die darunter liegenden Netzebenen bedeutet einen unverhältnismässigen hohen Aufwand (Kosten).

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja   ☐ Nein   ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

*Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ein nationales Interesse von Anlagen der Energieversorgung ist zielführend, damit bei der Beurteilung dieser Anlagen mit anderen Interessen eine gleichwertige Abwägung erfolgen kann. Aufgrund des revidierten Raumplanungsgesetzes unternehmen die Kantone und Gemeinden grosse Anstrengungen, eine weitere Zersiedlung der Landschaft zu verhindern. Deshalb sind bei der Anordnung von Leitungen und anderen Anlagen die gleichen Anstrengungen im Umgang mit der Landschaft zu erwarten.

## Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

*Art. 15e EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

In den einzelnen Sachplanverfahren sind die Interessen der Gemeinden angemessen zu berücksichtigen.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

*Art. 15e – 15j EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1*

☒ notwendig   ☐ nicht notwendig   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

*Art. 18b EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der angemessene Einbezug der Gemeinden ist entscheidend.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

*Art. 17a EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ zielführend    ☐ nicht zielführend    ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

*Art. 15b Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

*Art. 15c EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

*Art. 15c Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

*Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme



Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

## Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

*Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

*Art. 15 Abs. 3 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

*Art. 9f StromVG*

*Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für die Netzebenen 1 bis 3 klar zielführend. Eine gesetzliche Verankerung der unterliegenden Netzebenen erachten wir als nicht zielführend. Städte und Gemeinden informieren ihre Bevölkerung über Netzentwicklungsprojekte bereits heute ohne gesetzlichen Zwang.

## Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja      ☒ Nein      ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der SGV beantragt, diesen Artikel neu zu formulieren. Durch die Erstellung einer Gesamtsicht der elektrischen Anlagen treten mehrere Herausforderungen auf (Duplizierung der Daten und Konkurrenzierung der Amtlichen Vermessung, Aufnahme der Leitungskataster als kantonale Geobasisdaten, nur ein Ansprechpartner für Leitungsbetreiber, Publikation in einem Portal). Das BFE soll zukünftig, wie andere Bundesämter auch, diese Daten von der Aggregationsinfrastruktur beziehen und publizieren. Die Werke als Datenproduzenten sollen – gleich wie sie es heute tun – die Kantone (bzw. gemäss deren Anordnung die Gemeinden) beliefern; danach aggregiert der Kanton die Daten gemäss den kantonalen Geoinformationsgesetzen. Der Bund soll sich bei dieser Aggregationsinfrastruktur bedienen, damit ist garantiert, dass die Geodaten auf allen Portalen synchron und aktuell sind. Ob eine Publikation sämtlicher Geodaten zu den elektrischen Anlagen erwünscht ist, muss zudem kritisch hinterfragt werden. Eine solche Bestimmung müsste als „Kann“-Bestimmung formuliert werden, damit (namentlich aus Gründen der öffentlichen Sicherheit) auf die Publikation nötigenfalls verzichtet werden kann.

Antrag:

Art. 26a EleG

<sup>1</sup> Die Betriebsinhaber dokumentieren ihre elektrischen **Kabelleitungen und Anlagen** in Form von Geodaten und stellen diese ~~dem BFE~~ **in einem standardisierten Format den Gemeinden und Kantonen** zur Verfügung.

<sup>2</sup> ~~Das BFE erstellt eine Gesamtsicht und stellt diese der Öffentlichkeit zur Verfügung.~~

<sup>3</sup> ~~Es~~ **Das BFE** kann den Umfang und die Anforderungen an die **Modellierung und Dokumentation** der zu erhebenden Daten **gemeinsam mit den Werkbetreibern** bestimmen.